

»Klimaänderung«

»Klimawandel«

»Klimanotstand«



Die angeblich vom Menschen gemachte »Klimakatastrophe« ist Panikmache und Alibi der »Grünen« quer durch alle Parteien.

Es geht in Wirklichkeit um die ideologische Umgestaltung unseres Landes. Diese ist viel tiefgreifender und weiter fortgeschritten, als es die meisten ahnen. Mit *Merkel* und *Habeck* ist eine Koalition entstanden, die ein neues, »buntes« Deutschland gestalten will – der Schutz der Umwelt ist dabei nur Fassade!

JA zu Natur und Umwelt –

NEIN zu einer grünen Verbots-Herrschaft!

Das offene Wort

Die Klimahysterie und ihre Kinder

Als wäre es eine neue Religion: Wie beim »christlichen« Kinderfeldzug im Mittelalter werden wieder einmal Kinder mißbraucht, um politische und ideologische Ziele zu verfolgen, die Wirtschaft zu ruinieren und die Steuerzahler zu schröpfen.

Die Kinder von damals landeten auf den orientalischen Sklavenmärkten.

Den »Fridays-for-future«-Kindern von heute wird eingeleutet, daß ihr Leben in zehn oder 15 Jahren zu Ende sei, weil der Planet stirbt. Dafür bringen manche verblendeten Eltern sie in dicken Autos zur Demo und wieder nach Hause.

Es ist so irre, daß man dafür kaum Worte findet.

Das Klima auf dieser Erde ändert sich nicht nur seit Millionen von Jahren, sondern in erdgeschichtlich ganz kurzen Phasen: Die Sahara war mal eine Art Garten Eden und Grönland grün. Noch vor 6.000 Jahren gehörte England zum europäischen Festland und vor nur 650 Jahren versanken bei der großen »Mandränke« im Jahre 1362 ganze Landschaften in der Nordsee, übrig blieben die Halligen.

Vielleicht sollten die Kinder mal Erdkunde und Geschichte lernen – ihre immer neuesten umweltschädlichen »Smartphones« und »Tablets«, deren Produktion Unmengen von CO₂ in die Luft bläst und von denen jährlich Millionen im Müll landen, könnten dabei sogar hilfreich sein!

Das täte unserer Umwelt und unserer Zukunft wirklich gut, meint

Ihre Sabine Möller

Geht die Welt bald unter – oder doch nicht?



Hintergrundbild: ID 46040361 © Photogloem | Dreamstime.com

Ginge es nach den Klimahystrikerikern, dürften Sie nur noch in Sack und Asche herumlaufen. Auto, Fleisch, Flugreisen, Grillabende, tief durchatmen oder überhaupt Spaß am Leben zu haben sei unmoralisch und klimaschädlich.

An UNS und nur an UNS liegt es angeblich, wenn die Welt in zehn bis 15 Jahren untergeht!

Nicht die Kohlekraftwerke in den USA, China oder Indien erhöhen den CO₂-Ausstoß weltweit gravierend, auch nicht die weltweit stetig wachsende Rüstungsindustrie – NEIN, WIR Deutschen sind es, die wieder einmal dieses Elend auf der Welt verursachen würden.

Die Blockparteien CDU/SPD/GRÜNE/FDP/LINKE lenken durch die Panikmache von den wahren Problemen in unserem Land ab.

Die Vernichtung des Industriestandortes Deutschland, die Überfremdung des europäischen Kulturkreises und die Diktate aus Brüssel zerstören wirklich unser Land.

Tatkräftig unterstützt durch eine Presse und durch Fernseh-

stalten, die ihren Auftrag als demokratische Instanzen schon lange nicht mehr erfüllen, können die Politiker ungestört die Menschen hintergehen.

Tricksen, Täuschen und Vertuschen sind zu Königsdisziplinen für Politik und Medien geworden.

ZUM NACHDENKEN:

»München distanziert sich als erste Stadt in Deutschland von Diesel-Fahrverbote. Grund dafür sind die neuesten Ergebnisse von eigenen städtischen Meßstationen, die deutlich bessere Luft in der Stadt darlegen, und erste Demonstrationen gegen Fahrverbote, bei denen bis zu 200 Personen auf die Straße gingen. Alle verklagten Städte der Deutschen Umwelthilfe (DUH) sollten unverzüglich dem „Modell München“ folgen und Fahrverbote endgültig beerdigen.«

Mobil in Deutschland e.V.
(Pressemitteilung)

CDU und SPD haben fertig



Die politische Landschaft in Deutschland und Europa polarisiert sich immer mehr. Die ehemaligen »Volksparteien« verlieren das Vertrauen der Bürger, die »Grünen« punkten mit dem Gespinnst der »Klimarettung«.

Auf den Wahlzetteln fehlten die wirklich Mächtigen und Einflußreichen: die Strippenzieher und Lobbyisten-Verbände (11.780 Lobby-Organisationen, die die Abgeordneten beeinflussen, sind beim EU-Parlament verzeichnet).

In aufeinander abgestimmten Kampagnen von NGOs (Nichtregierungs-Organisationen), Parteien, Parlamentariern und den Medien werden die gutgläubigen Gehirne vieler Bürger noch weiter manipuliert.

Ja, zugegebenermaßen, es hat funktioniert, den Menschen einzureden, wenn sie nicht »grün« wählen, gehe die Welt in zehn bis 15 Jahren unter.

Ja, es hat auch funktioniert, einen von Macht und Selbstüberschätzung besoffenen *Strache* als Aushängeschild europä-

ischer Patrioten zu mißbrauchen und naive Gemüter dadurch von einer Stimmabgabe für »rechte« Parteien abzuhalten.

Trotz einer immensen Hetze von Politik, Medien und Klerus ist es jedoch nicht gelungen, den mit einem gesunden Menschenverstand ausgestatteten Teil des Volkes von der entsprechenden Stimmabgabe abzuhalten.

Bezeichnend für den Zustand dieser Republik ist das Abschneiden der Grünen. Wer glaubt, daß *Baerbock* oder *Habeck* das Klima »retten«, ist nicht mehr zu retten!

Augenfälliger kann man den Niedergang eines Volkes, das einstmals in aller Welt ob seiner geistigen, wissenschaftlichen, künstlerischen und technischen Errungenschaften und Fähigkeiten hoch angesehen war, nicht dokumentieren.

Erfreulich dagegen sind die Ergebnisse aus vielen anderen europäischen Ländern. Es tut sich was – wir sind nicht alleine in Europa!

Machtgier stinkt und verführt

Zum Skandal in Österreich: Wer über Jahrzehnte das schmutzige Geschäft mancher Politgrößen und geheimer Strippenzieher im Hintergrund verfolgt hat, wundert sich nicht: Im Westen nichts Neues!

Gier nach Macht und Geld verführt Politiker seit jeher zu Mauscheleien.

Denken wir in der BRD nur an die *Flick*-Affäre der FDP, an *Wienand* (SPD) und den Stasiagenten MdB *Leo Wagner* (CSU) oder an *Kohl*, *Leisler Kiep* und den Geldkoffer des Herrn *Schäuble* von der CDU.

Nun hat sich auch eine »rechtspopulistische« Führungsfigur zum Büttel der Gier gemacht. Dabei war und ist es doch die Hoffnung vieler national- und volksbewußter Wähler, daß mit deren Wahl Anstand in die Politik zurückkehrt.

Die Strategen, die den alkoholisierten Herrn *Strache* und mit ihm die in der EU und in Israel ungeliebte Regierung in aufwendiger und langwieriger Vorbereitung und Planung zu Fall gebracht haben, liegen noch im Dunkeln. Aber sogar die *Springer*-Presse verweist auf »westliche Geheimdienste« und den nicht nur in Österreich berüchtigten Herrn *Tal Silberstein* und seine SPÖ-Kumpanen, die schon die Wahl des Kanzlers *Sebastian Kurz* mit perfiden Methoden verhindern wollten.

Daß dieses obskure Video vor zwei Jahren entstand, aber erst wenige Tage vor der EU-Wahl veröffentlicht wurde, sollte jedem mündigen Bürger zu denken geben.

EU = Europäischer Umverteilungswahn



»EUtopia« greift um sich – Mehrheitsentscheidungen werden zur endgültigen Ausplünderung der reichen EU-Länder führen.

Die Europäische Union der Umverteiler soll nach Willen der EU-Kommission in eine neue Dimension getrieben werden. Wie verschiedene Medien Ende April berichteten, soll nach Willen der Brüsseler Politikkommissare die Zusammenarbeit in der Sozial- und Steuerpolitik weg vom Einstimmigkeitsprinzip hin zum Mehrheitsprinzip umgestaltet werden. Mehr Zentralismus, mehr Gleichmacherei – das ist die »Antwort« der Funktionäre auf den Freiheitswillen der Völker, die in immer mehr Ländern nationalen Parteien ihre Wahlstimmen geben.

Bisher ist es nötig, sämtliche EU-Staaten für Projekte wie die einheitliche europäische Arbeitslosenversicherung, EU-weiten Mindestlohn und die europaweite Digitalsteuer zu begeistern. Klappt nicht! Will nicht jeder! Also sollen kurzerhand die Regeln geändert werden. Zu steuerpolitischen EU-Vorgaben sollen künftig nur noch 55 Prozent der Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, die 65 Prozent der EU-Staatenbevölkerung stellen.

Selbst wenig EU-kritische Medien warnen: »... wenn die nationale Souveränität in Steuerfragen erst

einmal aufgegeben wurde, dann ist der Weg zur Umverteilung der Einnahmen vorgezeichnet.« (Die Welt kompakt, 29.4.2019) Der Frust über eine EU-Zentrale, die immer tiefer in das Leben der Bürger hineinregiert wachse im Norden wie im Süden.

Trotzdem applaudieren vor allem Südeuropa und Frankreich. Wie so oft, wenn die »Europäische Integration« vorangetrieben wird, würden deren gebeutelten Volkswirtschaften am meisten vom Sozialtransfer profitieren. *Hans Heckel* kommentierte es in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* treffend: **»Paris oder Rom argumentieren, damit würde die Einheit der EU gefestigt. In Wahrheit haben sich die dortigen Regierungen hoffnungslos für Sozialgeschenke verschuldet und suchen nun händeringend nach neuen Quellen, um ihren Wählern die schmerzhafteste Wahrheit ersparen zu können – auf Kosten vor allem der deutschen Wähler, die den Südregerungen egal sein können. Die Steuer- und Beitragszahler im Norden der EU sollen die Zeche zahlen.«**

Die Idee von den gemeinsamen EU-Sozialtöpfen, die durch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips ermöglicht werden soll, ist nicht neu. Erst im Oktober letzten Jahres erklärte Bundesfinanzminister *Olaf Scholz* dem

Handelsblatt, eine europäische Arbeitslosen(rück)versicherung helfe, teure Rettungspakete zu vermeiden.

Dieser EU-Arbeitslosenfonds solle mit Krediten aushelfen, wenn ein Mitgliedstaat mit explodierenden Erwerbslosenzahlen finanziell überfordert sei. In guten Zeiten sollen die Euro-Staaten diesen Fonds mit nationalen Beiträgen speisen, damit angeschlagene Staaten in konjunkturell schlechten Jahren in größter Not darauf zurückgreifen können.

Wer aber halbwegs politisch gebildet ist, weiß, daß Deutschland seit Jahrzehnten der Hauptzahler in die EU-Töpfe aller Art ist, und wer die ständigen Nehmer aus diesen Töpfen sind.

Ein deutscher Politiker, der eine solche Umverteilungsmaschinerie auf dem Rücken deutscher Steuerzahler als gute Idee bewirbt, gehört aus dem Amt gejagt: entweder aufgrund Unfähigkeit oder aufgrund bewußter Preisgabe des Volkes. Wer an *Scholz'* »Sicherungsmechanismen« zum Schutz vor Mißbrauch glaubt, glaubt auch daran, die Südländer hätten bei den Maastricht-Kriterien zum Euro-Beitritt nicht geschummelt, während der Rest der EU-Geberländer wegschaute. Die EU ist ein Projekt des Versagens: Die Außengrenzen stehen Millionen illegalen Eiwanderern sperrangelweit offen; die deutsche Wirtschaftskraft verpufft im Euro- und Rettungspaketirrsinn. Perfekt funktioniert allein die Selbstversorgungs- und Bevormundungsmaschinerie der Brüsseler und Straßburger Funktionäre.

Und jetzt soll natürlich alles noch besser werden durch Mehrheitsstatt Einstimmigkeitsentscheidungen sowie durch europäische Steuern und Sozialsysteme. Wer's glaubt!

Paradies oder Irrenhaus?

Ihr Armen und Elenden dieser Welt, kommt in dieses Land!

So könnte man die gängigen Forderungen aus Politik und Gesellschaft zusammenfassen.

Die Bundesregierung und ihr Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfinden immer neue Programme, »besonders Schutzbedürftige«, Arme, Kranke, Elende und Schwangere aus aller Welt ins Land zu holen (siehe Ausriß aus *Die Welt kompakt* vom 8.5.2019).

Aber nicht nur die Bundesregierung bemüht sich um mehr Zuwanderer. Wenn es darum geht, sich für die Überfremdung Deutschlands neue Namen und neue Methoden einfallen zu lassen, sind Linke und Grüne unerreichbar. Neueste Masche:

»Aktion Seebrücke«

Da durch die konsequente Haltung Italiens der Fährschlepperdienst über das Mittelmeer fast zum Erliegen gekommen ist, werden neue Wege und Mittel gesucht, den Zustrom von Migranten aus Nordafrika wieder zu beleben. Dazu wurde die »Aktion Seebrücke« – hört sich so schön harmlos an – ins Leben gerufen.

Eine Vielzahl von »sozialen« und kirchlichen Organisationen haben sich zusammengefunden, um von verschiedenen Seiten Druck auf die Politik auszuüben.

Kommunen im Visier

Ein Hebel dazu sind Kommunen, die sich bereit erklären, am Innenministerium vorbei nach eigenem Gutdünken noch mehr »Schutzsuchende« aufzunehmen, als ihnen zugeteilt werden.

Eine gesicherte Unterkunft und Verpflegung gewährleisten die ungestörte Weiterleitung von Italien oder Griechenland aus nach

Germania. Die Regierungen der beiden Länder und auch die anderer europäischer Staaten werden keinen »Einreisewilligen« daran hindern, auf direktem Weg nach Jena, Freiburg oder Köln zu reisen.

Nun gibt es allerdings noch einen Haken für die Schlepper: Die geltenden Gesetze lassen es nicht

für Plakate bis hin zur Hilfestellung für die Anmeldung von Demonstrationen werden sie von der »Seebrücke« betreut.

In einem »Offenen Brief« vom 3.4.2019 an die Bundeskanzlerin stellt die »Seebrücke« ihre Forderungen auf (siehe Seite 6), um dem Ganzen einen offiziellen und seriösen Anstrich geben.

Diese Aktionen reichen aber nicht aus, um einigen links/grünen Stadt- und Kreisräten die Macht zu geben, eine willkürliche Anzahl von Migranten aufzunehmen.

Vorstoß im Bundestag

Spätestens da kommen die Hilfswilligen (oder sind es die Initiatoren?) aus dem Bundestag ins Spiel. Die enge Verquickung von NGOs mit links/grünen Parlamentariern wird deutlich, wenn die Fraktionen der Grünen und der

Linken Anträge einbringen, um die Aufnahme von Migranten am Bund vorbei direkt den Kommunen zu überlassen.

(Siehe dazu den Antrag der Linken, Seite 8).

Allerdings, wie aus dem Antrag hervorgeht, sollen der Bund, also wir Steuerzahler, weiterhin für die Kosten aufkommen.

Eine Alternative, die leider gar nicht so abwegig ist, besteht darin, daß Herr Soros über seine Stiftungen z.B. der Frau Ministerpräsidentin Schwesig in Mecklenburg-Pommern eine Anschubfinanzierung gewähren würde, wenn sie ihr nicht grade üppig besiedeltes Bundesland für die Aufnahme einiger zehntausend Schwarzafrikaner freigibt.

Klingt alles verrückt – würde aber zum »Zeitgeist« der verirrten Politik in diesem Lande passen.



zu, daß am Bund vorbei irgendwelche Bürgermeister und Stadtverordnete sagen: »Dann schickt uns doch mal ein Dutzend „Geflüchtete“, wir haben zu viel Wohnungen frei und wir wissen auch nicht wohin mit unseren Steuermitteln.«

Abgesehen davon, daß es an Menschenverachtung grenzt, wie hier um Leben und Schicksale geschachert wird, als wenn es sich um Schachfiguren handle, ist es unverantwortlich, am Willen der Einheimischen vorbei die Überfremdung unseres Landes voranzutreiben.

Deshalb sollen in fein abgestimmten Aktionen die Politiker und die Bevölkerung »weichgekocht« werden. Dazu dienen die zahlreichen Aufrufe und Demonstrationen vor allem ideologisch verblendeter junger Leute quer durch die Republik. Von »Workshops« über Bastelanleitungen

Macht hoch die Tür, das Tor macht weit! Wie die »Seebrücke« unser Land umvolken will

Der Offene Brief der Volksabschaffer:

»Drei Forderungen aus der Zivilgesellschaft: Notfallplan für Bootsflüchtlinge / "Sichere Häfen" ermöglichen / Keine Rückführung nach Libyen

Berlin/Frankfurt, 03. April 2019

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in den vergangenen Wochen hat Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Staaten immer wieder Menschen aufgenommen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden. Wir sehen dieses Engagement und begrüßen es, dass die Bundesrepublik bei anderen EU-Mitgliedstaaten für einen Verteilmechanismus für diese Menschen wirbt.

Wir, die Unterzeichnenden, setzen uns auf unterschiedliche Weise für eine menschenrechtsbasierte, solidarische Flüchtlingspolitik ein – als **Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, humanitäre Hilfsorganisationen, Seenotrettungsorganisationen, Kommunen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Bewegungen und lokale Bündnisse**. [Hervorhebung durch UN]

Wir sind erschüttert angesichts der gegenwärtigen europäischen Politik, die immer stärker auf Abschottung und Abschreckung setzt – und dabei tausendfaches Sterben billigend in Kauf nimmt. All diese Menschen haben Schutz und eine menschenwürdige Zukunft für sich und ihre Familien gesucht.

Die Pflicht zur Seenotrettung ist Völkerrecht und das Recht auf Leben nicht verhandelbar. Diese Verantwortung trifft in erster Linie die EU und ihre Mitgliedstaaten; sie müssen eine völkerrechtsbasierte Seenotrettung auf dem

Ein organisiertes Schleppertum

Ein »Offener Brief« der sogenannten »Seebrücke« an die Bundeskanzlerin zeigt, welche Zukunft unserem Volk von dieser selbsternannten »Zivilgesellschaft« zuge-dacht ist.

Wir drucken ihn in voller Länge ab, da sich die Verfasser mit diesen Forderungen selbst demaskieren. Alleine die Anmaßung, im Namen der »Zivilgesellschaft« Forderungen aufzustellen, zeugt von der Unverfrorenheit, mit der eine kleine aber einflussreiche links/grün/christliche »Elite« die Geschicke in diesem Land lenkt. Völlig abgehoben und am Volkswillen vorbei bzw. bewußt dagegen, wird versucht, die Überfremdung unseres Landes zu fördern und zu legalisieren. Hier geht es nicht um See-rettung von Schiffbrüchigen, hier geht es um organisiertes Schleppertum!

Mittelmeer gewährleisten. Sie haben sich auch dazu verpflichtet, Schutzsuchenden Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren. Für all dies sind wir gemeinsam mit zehntausenden Menschen in den vergangenen Monaten bundesweit auf die Straße gegangen.

Dass zivile Helfer*innen kriminalisiert werden, die der unterlassenen Hilfeleistung der europäischen Staaten nicht tatenlos zusehen wollen, ist ein Skandal. Diese Politik muss beendet werden, denn sie bedroht nicht nur das Leben von Menschen, sie setzt auch unsere eigene Humanität und Würde aufs Spiel. Und

sie beschädigt das Vertrauen in den Rechtsraum und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Daher bedarf es einer Neuausrichtung der deutschen und europäischen Politik.

Wir wenden uns an Sie als eine Kanzlerin, die in einem kritischen Moment einen Entschluss gefasst hat, europäisch zu handeln. Die folgenden Maßnahmen weisen aus unserer Sicht Wege aus der derzeitigen humanitären Katastrophe und der politischen Krise. Jetzt, kurz vor den Europawahlen 2019, sind sie wichtiger denn je.

1. Notfallplan für Bootsflüchtlinge: Die Bundesregierung verhandelt bereits mit anderen europäischen Staaten über ein Verteil- und Aufnahmeverfahren (Relocation) für im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge. Mehrere europäische Staaten sollen sich mit der EU-Kommission zusammenschließen und unter Koordination des Asylunterstützungsbüros EASO die Menschen unter Anwendung der Humanitären Klausel der Dublin-Verordnung nach einem vorher festgelegten Schlüssel verteilen. Den Schutzsuchenden muss nach Anlandung in einem sicheren europäischen Hafen eine menschenwürdige Aufnahme und Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährt werden. Der Europäische Flüchtlingsrat hat dazu einen praktikablen Vorschlag gemacht.

Wir appellieren an Sie, schnellstmöglich einen solchen Notfallplan für Gerettete und andere über das Mittelmeer ankommende Schutzsuchende umzusetzen.

2. „Sichere Häfen“ ermöglichen: Wir bitten die Bundes-

FORDERUNG NACH WEITERER ÜBERFREMDDUNG



www.seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/, Bildschirmausdruck vom 22.5.2019

regierung, aufnahmebereiten Kommunen in unserem Land die freiwillige Aufnahme von zusätzlichen Schutzsuchenden in einem europäischen Relocation-Verfahren zu ermöglichen. Zahlreiche deutsche Städte und Gemeinden haben sich in den vergangenen Monaten zum „Sicheren Hafen“ erklärt und ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Für sie muss eine Möglichkeit geschaffen werden, über ihre Aufnahmespflicht gemäß Königsteiner Schlüssel hinaus, zusätzlich freiwillig Schutzsuchende aufzunehmen – entweder auf Grundlage bestehender oder neuer rechtlicher Regelungen.

3. Keine Rückführungen nach Libyen: Die EU und die Bundesrepublik müssen das Non-Refoulement-Gebot als zwingendes Völkerrecht achten und umsetzen. Wir bitten

Sie, dieses Gebot deutlich gegenüber anderen Staaten zu verteidigen. Das Verbot der Zurückweisung in eine Bedrohungssituation verlangt, dass gerettete Menschen an einen sicheren Ort evakuiert werden. Einige der südlichen Mittelmeeranrainer bemühen sich Asylsysteme aufzubauen. Aufgrund der fehlenden rechtsstaatlichen Garantien kann ein sicherer Ort bis auf weiteres jedoch nur in der EU liegen.

Nach Libyen zurückgebrachte Menschen sind systematisch Folter, Versklavung und Gewalt ausgesetzt, wie Sie aus UN- und Botschaftsberichten wissen. Dementsprechend darf es keine Zurückführung nach Libyen geben. Daraus ergibt sich auch, dass die Bundesregierung und die EU jede Unterstützung und Ausbildung der sog. libyschen Küstenwache einstellen müssen. Diese fängt fliehende Menschen

erwiesenermaßen auf hoher See ab und bringt sie mit Gewalt nach Libyen zurück. Auch andere Staaten dürfen nicht dabei unterstützt werden, Schutzsuchende Menschen abzuwehren, in Gefahr zurückzudrängen oder unter unmenschlichen Bedingungen festzuhalten.

Wir richten diese Forderungen an Sie und werden uns auch künftig mit aller Kraft für politische Lösungen einsetzen, die von Humanität geleitet sind.

Hochachtungsvoll
Bundesweite Organisationen [...]

Wollten wir diese Organisationen einzeln auflisten, würde das den Umfang der UN sprengen. Es zeigt sich, wer mit wem koalitiert, welche Bündnisse geschmiedet werden und welcher Druck von halbstaatlichen und privaten Institutionen und Verbänden auf die Politik ausgeübt wird.

»Sichere Häfen« laut »Seebrücke«

Schon 58 Städte und Gemeinden machen mit bei der Aktion »Sichere Häfen« (Stand 22.5.2019).

Schauen Sie nach, ob auch Ihre Stadt oder Gemeinde dabei ist.

Da sich die Teilnahme an diesem Irrsinn epidemisch ausbreitet, ist es gut möglich, daß, wenn Sie diese Zeilen lesen, bereits neue Orte dazugekommen sind.

Fragen Sie Ihre Bürgermeister und Stadträte, wer sie dazu beauftragt und bevollmächtigt hat!

Protestieren Sie gegen diese Bevormundung, damit Sie von kurzfristigen Einquartierungen nicht überrascht werden. Informieren Sie sich in Ihrem Rathaus über den neuesten Stand, ob Ihre Stadt auch schon dabei ist. Eine aktuelle Liste finden Sie auch auf: www.seebruecke.org

Linke und Grüne in einem Boot!

Nach einer Kritik der »tödlichen Abschottung und Abschreckung der Geflüchteten« durch die EU fordern Linke und Grüne den Bundestag zu einer Umkehr auf.

Auszug aus einem Antrag der Linken (Bundestags-Drucksache 19/8648), fast gleichlautend mit einem der Grünen:

»[...] Gegen diese inhumane und menschenrechtswidrige Politik richten sich die Initiativen der Städte und Gemeinden, aktiv helfen und Geflüchtete aufnehmen zu wollen. Die Bundesregierung ignoriert diese Angebote bislang weitgehend: Sie will solche Erklärungen allenfalls im Rahmen der bereits bestehenden Verfahren berücksichtigen, so dass kein einziger Geflüchteter mehr in Deutschland aufgenommen würde. Weil die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme ohne politische Unterstützung der Landes- und Bundesebene bzw. ohne Rechtsänderungen nicht eigenständig aktiv werden können, muss die Bundesregierung handeln. Ein solches Bekenntnis

Deutscher Bundestag

Drucksache 19/8648

19. Wahlperiode

22.03.2019

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Gökay Akbulut, Dr. André Hahn, Lorenz Gösta Beutin, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Amira Mohamed Ali, Michel Brandt, Kerstin Kassner, Dr. Gesine Löttsch, Niema Movassat, Petra Pau, Victor Perli, Martina Renner, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Solidarische Städte und kommunale Initiativen zur Flüchtlingsaufnahme unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

zur Solidarität mit Geflüchteten ist auch ein wichtiges Zeichen gegen den EU-weiten Unterbietungswettbewerb, wenn es darum geht, Verantwortung für den Flüchtlingsschutz zu übernehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, kommunale Initiativen für die Aufnahme von Geflüchteten umfassend zu unterstützen, indem sie insbesondere a) ihr politisches Einverständnis für entsprechende Aufnahmevereinbarungen der Länder nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erklärt; b) einen Gesetzentwurf vorlegt,

mit dem Städten und Kommunen die Möglichkeit eröffnet wird, Geflüchtete eigenverantwortlich aufzunehmen; c) besonders aufnahmebereite Städte und Kommunen finanziell und strukturell unterstützt und sich auf der EU-Ebene für einen Asylsolidaritätsfonds einsetzt, dessen Fördermittel darüber hinaus eine allgemeine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur dieser Städte und Regionen ermöglichen.

Berlin, den 19. März 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion«

»Klimanotstand« in Konstanz

Der Gemeinderat von Konstanz hat am 2.5.2019 einstimmig eine Resolution angenommen, die den »Klimanotstand« in der Stadt ausruft. Damit soll sichergestellt werden, daß die Energieversorgung von Gebäuden klimaneutral geschieht und auch jede andere zukünftige Entscheidung, die im Gemeinderat getroffen wird, auf ihre Klimarelevanz geprüft werden muß. Damit wird dann wohl jegliches Leben in Konstanz eingestellt werden müssen, denn: Kein Mensch lebt »klimaneutral«!

Insbesondere der Bevölkerungszuwachs müßte demnach

sofort gestoppt werden, denn jeder Bewohner stößt im Jahr tonnenweise CO₂ aus.

Aber nicht doch! Schließlich gehört Konstanz zu den Städten und Gemeinden, die im Zuge der Aktion »Seebrücke« mehr Flüchtlinge aufnehmen wollen, als ihnen zwangsweise zugeteilt werden!

Wenn in Zukunft durch das Zusammenspiel der sogenannten »Zivilgesellschaft« von NGOs/Grünen/Linken der Schlepper-Fährdienst über das Mittelmeer zwischen Nordafrika und dem europäischen Festland wieder verstärkt aufgenommen werden

sollte, wird Konstanz wohl seine herbeigesehnten Neankömmlinge erhalten. Wie sich das dann mit dem Klima vertragen soll, bleibt das Geheimnis der Stadtväter.

Die »Geflüchteten« benötigen nicht nur klimaneutralen Wohnraum, sie werden allein durch ihr Dasein auch die CO₂-Bilanz erheblich verschlechtern.

Dieses Problem werden die Stadtväter aber sicher lösen, da die »Schon-länger-hier-Lebenden« (lt. Merkel) gerne zusammerrücken und in Zukunft notgedrungen auch sparsamer atmen werden.

IST DAS BOOT NOCH NICHT VOLL GENUG?

Zensur überall – ob diktatorisch oder »demokratisch«!

Türkei, China, Nordkorea und Rußland werden als schlimmste Zensurländer für das Internet gehandelt. Aber wie sieht es in demokratischen Staaten wie Deutschland oder Österreich aus?

Wird uns die angebliche Meinungsfreiheit nur vorgegaukelt – herrscht nicht auch hier die Zensur?

Verstärkt gehen die angeblich »sozialen« Netzwerke wie Facebook gegen die politische Opposition in deutschsprachigen Ländern vor, nehmen damit direkten Einfluß auf die Wahlen unter anderem in Deutschland und beschneiden somit die demokratische Freiheit.

So geschah es am 26.9.2018, daß *unzensuriert.at*, ein der FPÖ nahestehendes Internet-Magazin, auf Facebook gesperrt wurde. *Unzensuriert.at* protestierte prompt und bezog dazu Stellung mit den Worten:

»Die Maßnahme von Facebook ist freilich in keiner Weise nachvollziehbar und als Angriff auf die Pressefreiheit als auch als Zensur zu werten. Offenbar ist „unzensuriert.at“ als kritisches Medium dem Mainstream zu unangenehm geworden.«

Die Sperre auf Facebook hielt ca. drei Tage an und die Freischaltung erfolgte mit der Entschuldigung:

»Anscheinend haben wir einen Fehler gemacht und etwas entfernt, das du auf Facebook gepostet hast und das nicht gegen die Gemeinschaftsstandards verstoßen hat. Das tut uns leid. [...]«

Würde der Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) heute gegen Facebook-Standards verstoßen?

Vermutlich ja, denn Ende Februar sperrte Facebook die Seite des

»Die Urteile der Facebook-Mitarbeiter darüber, wer was sagen darf, fallen nicht nur ohne Öffentlichkeit, sondern auch ohne demokratisch legitimes Verfahren. Es handelt sich um eine Art Privatrecht. Wäre Facebook ein Staat, wäre es eine Diktatur.«

Süddeutsche (sz.de), 22.8.2016

AfD-Kandidaten für die Bremer Bürgerschaftswahlen, *Wolfgang Rabe*. Dieser hatte mehrere Zitate des Altbundeskanzlers zum Thema Einwanderung veröffentlicht, die offenbar zur Sperre ausreichten. Darunter das Zitat von *Helmut Schmidt* aus dem Jahr 1992:

»Die Vorstellung, daß eine moderne Gesellschaft in der Lage sein müßte, sich als multikulturelle Gesellschaft zu etablieren, mit möglichst vielen kulturellen Gruppen, halte ich für abwegig.«

Oder ein späteres Zitat:

»Wenn das so weitergeht, gibt's Mord und Totschlag, denn es sind zu viele Ausländer bei uns.«

Der Rechtsanwalt des AfD-Kandidaten, RA *Joachim Steinhöfel*, legte gegen die 30-tägige Sperre, die nicht die erste war, Einspruch ein:

Wenn *Helmut Schmidts* Zitate (*Schmidt* war nicht nur Bundeskanzler, sondern auch Herausgeber der Zeitung *Die Zeit*) bei Facebook gelöscht und der Nutzer für 30 Tage gesperrt werde, sei das »eine Mischung aus Dummheit, Inkompetenz und Managementversagen, die beispiellos ist«. Weiter: »Dieser Dilettantismus ist auch deswegen so unerträglich, weil er mit direkten Eingriffen in die Meinungsfreiheit einhergeht.«

Am 3.8.2018 wurde für 24 Stunden die Facebook-Seite des

bekanntem »Internet-Bloggers« *Klaus Kelle* gesperrt wegen der Äußerung:

»Die Gewaltkriminalität durch Flüchtlinge nimmt spürbar zu.«

Auch ein Berliner Facebook-Nutzer durfte die Zensur im Internet am eigenen Leib erfahren. Er wurde gesperrt wegen seiner Äußerung:

»Die Deutschen verblöden immer mehr. Kein Wunder, werden sie doch von linken Systemmedien mit Fake-News über „Facharbeiter“, sinkende Arbeitslosenzahlen oder Trump täglich zugemüllt.«

Das Landgericht Berlin entschied in einer einstweiligen Verfügung erstinstanzlich jedoch, daß Facebook diesen Beitrag wieder freischalten müsse.

Niemand weiß, wie viele Seiten täglich wegen solcher Äußerungen gesperrt werden, denn Facebook gibt keine Auskunft darüber. Fakt ist, daß diese Sperren einen massiven Eingriff in die Meinungsfreiheit darstellen.

Also, warum lamentieren unsere Medien über die Zensur in Nordkorea, China oder in der Türkei, wenn wir sie doch im eigenen Land erleben?

Wie demokratisch können Wahlen in einem Land sein, wenn solche zuvor genannten Zitate zur Meinungsbildung schon genügen, um zensiert zu werden?

STOPPT DIE INTERNET-ZENSUR!

Oh, du fröhlicher Rechtsstaat ...!

Durch den Wahlkampf zu den EU-Wahlen wurde der Name und das Haftschicksal der 90-jährigen Frau *Ursula Haverbeck* vielen Leuten bekannt, die von diesem Justizskandal nichts wußten.

Die 90-jährige sitzt seit dem 7.5.2018 im Gefängnis, weil sie die Wahrheit der Berichterstattung historischer Geschehnisse vor 70 bis 80 Jahren bezweifelt und Beweise gefordert hatte. Von einer vorzeitigen Entlassung aus der (bislang) 38-monatigen Haft ist bis heute nichts zu hören.

Anders verhält sich der Rechtsstaat bei dem bundesweit bekannten Islamisten *Sven Lau*, der junge Deutsche für den Islam-Kampf anwarb und mit einer »Scharia-Polizei« durch deutsche Straßen

zog. Der hier abgebildete Ausriß aus *Die Welt kompakt* vom 17.5.2019 sollte jeden rechtsbewußten Staatsbürger zum Nachdenken anregen!

Inzwischen ist der wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung Verurteilte nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner (viel zu milden!) Strafe auf Bewährung entlassen worden und kann über unseren Rechtsstaat nur noch lachen.

Solche »Gnade« hat die alte Dame *Haverbeck* wohl nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Weil sie sich als Kandidatin einer rechten Partei zur EU-Wahl hat aufstellen lassen, werden die Staatsorgane alles tun, sie auch weiterhin hinter Gittern zu halten. Oh, du fröhlicher Rechtsstaat ...!

Ex-Islamistenführer kommt frei

Der Ex-Salafistenprediger und als Terrorhelfer verurteilte *Sven L.* hat zwei Drittel seiner Haftstrafe verbüßt und kommt auf Bewährung frei. Der zuständige Senat gehe davon aus, dass der 38-Jährige keine Straftaten mehr begehe, sagte ein Sprecher des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes zur Begründung. Von seiner einstigen radikalislamischen Haltung habe sich *L.* deutlich distanziert. Wann *L.* freigelassen werde, teilte das Gericht nicht mit.

Liebe Leser, ganz privat:

Jetzt liegt es an Ihnen, liebe UN-Leser!

»Klimarettung«? Allein der Begriff ist schon eine paradoxe Metapher. Ertrinkt das Klima, wenn wir es nicht »retten« können?

»Retten« können wir aber viele Deutsche vor der fortschreitenden Verdummung durch ferngesteuerte Politik und Medien, wenn wir es schaffen, sie zum Nachdenken anzuregen!

Diesem Ziel dient auch in diesem Jahr wieder unsere »UN-Ferien-Sonderausgabe«. Wenn Hunderttausende im Urlaub, im Café, am Strand, im Kurpark oder beim gemütlichen Hotelfrühstück danach suchen, wo es etwas zu lesen gibt, »retten« wir hoffentlich mit dieser Ferienzeitung wenigstens einen Teil der von der Propaganda Verdummten vor weiterer Verblödung.



»Deutschland verblödet« erkannte und begründete *Gustav Sichelschmidt* schon im Jahr 1995 in seinem gleichnamigen Buch. Helfen Sie bitte mit, die weitere Verblödung zu verhindern!

In jeder Tasche, in jedem Koffer, in jedem Auto ist Platz für 10, 100 oder mehr Blatt dieser Ferienzeitung. Wenn nur 5 oder 10 Prozent der »Zufallsleser« diese Informationen im Hinterkopf speichern, erreichen wir Tausende – wenn Sie mithelfen! Erwünschter Kostenbeitrag: 15,- Euro für 100 Blatt einschl. Versand; Anruf genügt: 0208-840132.

Ihre UN-Mitarbeiter

Die Medien als Hofberichterstatter

Die Massenmedien in der Bundesrepublik machten sich zum Sprachrohr der »politischen Elite« und hätten die Sorgen und Ängste des Volkes ignoriert. Zu diesem Ergebnis kam 2017 die Studie der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) »Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien« von Michael Haller. Darin wurde die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in den Jahren 2015 und 2016 und die Rolle der Medien behandelt.

Haben die Medien aus ihren Fehlern gelernt?

Die OBS hat Michael Haller aus diesem Grunde mit einer Folgestudie beauftragt. Seine Forschungsfragen lauteten nun:

»Haben die Journalisten der Informationsmedien ihre bipolare Sicht – wir im Hellen, die andern

im Dunkeln – überwunden zugunsten eines facettenreichen Bildes der Migrationsthematik? Sind sie inzwischen in ihrer Wahrnehmung so vorurteilsfrei, daß sie Mißstände untersuchen und abweichende, auch oppositionelle Positionen und Argumente aufgreifen, prüfen und – frei von Moralismus – ins öffentliche Gespräch einbringen?«

Zur Beantwortung der Fragen wurden die Berichterstattungen über den im Dezember 2018 in Marrakesch verabschiedeten »Migrationspakt« herangezogen.

Sein neuerliches Urteil fällt nur geringfügig besser aus.

Die Medien hätten das Konfliktthema »Migrationspakt« verschlafen, stellt Haller fest.

Sie ignorierten das Thema weitgehend, bis es mit dem Rückzug Österreichs (und anderer Staaten) aus dem Migrationspakt nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden konnte.

Haller erkennt darin Parallelen zur Berichterstattung über die Flüchtlingswelle. Er wirft den selbster-

nannten Leitmedien vor, »der von den Regierungsparteien inszenierten Polarität« gefolgt zu sein: »Hier die liberal eingestellten Vertreter der Koalitionsparteien, dort die rechtsnationalen Schreihälse der AfD.«

Die Ursache dafür sieht der Forscher darin, »daß die Leitmedien weiterhin der Agenda der institutionellen Politik und ihrer Elite folgen und Konfliktstoff erst bearbeiten, wenn er von den Politik-Akteuren öffentlich thematisiert und zur Kontroverse zugespielt wird.« Erst spät wurden die Berichterstattungen zu dem Thema, zumindest in einigen der »Leitmedien«, mit unterschiedlichen Gesichtspunkten, Kritiken und juristischen Bewertungen angereichert.

Sie erhalten nur ein UN-Heft? Und was weiß Ihr Nachbar?
Bitte bestellen Sie 3, 5 oder 10 Hefte monatlich!

In den UN haben wir bereits in der Ausgabe vom August 2018 groß und breit über dieses Thema berichtet. Wenn unsere Monatsschrift Tageszeitungen in der Aktualität weit voraus ist, liegt beim »investigativem Journalismus« einiges im Argen!

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Name des Kreditinstituts _____

BIC (SWIFT) _____

IBAN _____

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.
 Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
 halbjährlich zweimonatlich
 vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

SCHLECHTES ZEUGNIS FÜR »LEITMEDIEN«

»Über 90 Prozent aller Geschichten zu Wetter und Klima sind teilweise falsch oder mutwillig frei erfunden.«

Wetterexperte
Jörg Kachelmann zur Klimahysterie der »Leitmedien«

Schutz vor »Schutzsuchenden«

Die Veränderungen und das Zusammenleben, das laut der ehemaligen Staatsministerin Aydan Özoğuz täglich neu ausgehandelt werden muß, sind nun auch in den Amtsstuben und Behörden angekommen.

Den Auswirkungen und Gefahren der merkelschen Willkommenskultur sind immer mehr Mitarbeiter ausgesetzt, die die Respektlosigkeiten, Aggressionen und Bedrohungen zu spüren bekommen.

Auch die Beschäftigten der Landsberger Ausländerbehörde mußten bereits ihre eigenen Erfahrungen machen.

Die Angst der Mitarbeiter vor den »Schutzsuchenden« sei so groß,

daß nun ein Sicherheitsdienst Schutz vor den »Schutzsuchenden« bieten soll. Die Sicherheitskräfte sollen 15 Minuten vor Öffnung der Behörde anfangen und bis 30 Minuten nach Schließung Präsenz zeigen. Die Kosten dafür werden auf rund 96.000 Euro pro Jahr veranschlagt.

Zu Außenterminen fahren die Mitarbeiter zu zweit oder gar zu sechst, zudem werde die Polizei vorab informiert.

Diese habe empfohlen, daß die Mitarbeiter Schutzwesten tragen, um sich so beispielsweise vor Messerangriffen zu schützen.



UN auf Facebook:
facebook.com/UN.Nachrichten

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!
Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto. Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/